

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Köfelerstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Der Bremer Verbandstag

Erster Verhandlungstag

Verbandstage sind Höhen auf dem Wege, den die gewerkschaftlich verbundene Arbeiterchaft geht. Von der Höhe aus wird rückwärtend die Strecke geprüft und vorwärtsbildend Gelände und Richtung erforscht. Bremen ist diesmal für unseren Verband die Höhe, an der Halt gemacht wird und von der aus die Vertreterchaft der Mitglieder Rück- und Ausblick hält.

Schon am Sonnabend kamen die Sendboten aus dem Reich in Bremen zusammen. Metallarbeitertagungen haben immer ein besonderes Gepräge. Die Vielgestaltigkeit der Metallindustrie, die die Zusammenschließung von 36 Branchen in unserem Verbande bedingte, tritt schon rein äußerlich an den Gestalten ihrer Vertreter in Erscheinung. Alle Berufe und alle Gauen Deutschlands sind vertreten. Am Bahnhof begrüßt sie ein mit den Farben der Republik und dem weißroten Streifenbanner der Freien Hansestadt Bremen geschmücktes Schiff. Der Willkommen ist herzlich. Die Vertreter haben Arbeitszeit mitgebracht; aber es ist unverkennbar, daß alle die Last einer bittersten Zeit drückt. Um so herzlicher ist die Begrüßung der alten Kampfgemeinschaft untereinander. Gerade die Not der Zeit macht es allen zum Bedürfnis, sich mit Gleichgesinnten und Gleichstrebenden zu beraten und die auf den einzelnen Posten im Reich gesammelten Erfahrungen einzusprechen in den großen wegweisenden Mauern des Verbandes. Alte Bekanntschaften werden aufgesucht, neue geschlossen. Viele suchen vergebens alte Streiter, mit denen sie jahrzehntelang Schulter an Schulter gekämpft. Von einem Verbandstag zum andern hat Alter und Tod Lücken in die Reihen gerissen. Das alte Geschlecht unserer Verbandegründer geht langsam von uns und an ihre Stellen tritt das junge Geschlecht, das es wohl etwas leichter hat, dem aber unter der Last neuer Fragen und Aufgaben auch nichts geschenkt wird. Auch dieser Verbandstag bringt Neulinge in großer Zahl, die sich schnell einfinden in die Kampffront und bald die gesamte Truppe gerückt. Der Verbandstag kann beginnen.

Die Arbeiterchaft Bremens nimmt regen Anteil. Der Handel, der sich nach der Entdeckung des Seeweges in die fernen Erdteile sehr schnell von den Küsten Spaniens und Hollands nordwärts ausbreitete, erfasste schon vor Jahrhunderten Bremen und schuf großen Reichtum. Neben diesem Reichtum blieb die große Armut, und diese zögerte bald den Kampf um Recht und Leben der Beschäftigten. So sind die strengen Organisationen der Bremer Arbeiterchaft frühzeitig entstanden. Die Bremer Arbeiter zeichnen sich als Metallarbeiter-Verbandstages würdig. Der Empfangsabend legt hierüber ein glänzendes Zeugnis ab. Das Beste, was Bremen bieten konnte, wurde den Metallarbeitern zum Gruß entboten.

Dieser Verbandstag ist besonders ausgezeichnet durch die große Zahl der auswärtsigen Gäste. Kein Bruderverband hat es sich nehmen lassen, durch einen eigenen Vertreter die Grüße zu übermitteln. Das liegt zum ersten daran, daß unser Verband, als die größte Organisation der Welt, eine große Wertschätzung in der Eisernen Internationale genießt. Zum andern aber haben die Vertreter der ausländischen Bruderverorganisationen den Wunsch, sich Rüstzeug in Deutschland zu sammeln. Die große Not, in der Deutschland steht, hat neben den Kriegsfolgen ihre Ursache in der Inflation. Die Mehrzahl der Länder, in denen Organisationen der Metallarbeiter bestehen, steht heute mitten in einer Inflation. Was wir schon erfahren und erleben und woraus wir unsere Schlüsse gezogen, haben die Vertreter der Bruderverbände noch vor sich. Den Arbeitern des Auslandes ist die ganze Schwere einer Inflation noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen, aber die Führerschaft macht sich heute schon Gedanken und versucht zu erforschen, mit welchen Mitteln der Gefahr begegnet werden kann. So glauben die ausländischen Kollegen viel von uns lernen zu können.

Wir haben die schlimmste Inflation gehabt, besserungswürdig ist es unsern Verband gelungen, die Metallarbeiterchaft verhältnismäßig schnell über die schwerste Zeit hinwegzubringen. Die Unternehmerrangriffe konnten zum guten Teil abgewehrt werden. Daß dieses möglich wurde, haben wir der Schulung und Disziplin unserer Mitglieder zu verdanken.

Dem Verbandstag sind bedeutende Aufgaben gestellt. Die Wirtschaftslage Deutschlands, deren Merkmal die schwere Arbeitslosigkeit ist, macht allen Sorge und drückt dem Verbandstag den Stempel auf. Noch viele Fragen müssen geklärt werden. Die Münzen, die von Hand zu Hand gehen, gehen Schlagworte von Mund zu Mund; Worte, die ein Körnchen Wahrheit, aber viel Phantasie besitzen. Hier ist Klärung notwendig. Daneben sind die Fragen des Verbandes lebend zu lösen. Ernste Arbeit, die den Verbandstag eine Woche seihen wird.

Bremen ist Hafenstadt. Es loht, auch den Bremer Verbandstag mit einem Hafen zu vergleichen, in den unser Verbandsschiff nach großer Fahrt im wogenden Meer der Zeit einläuft. Die schweren Wogen konnten unserm Verbandsschiff keinen Schaden bringen, trotzdem muß das Schiff in Dock, um überholt zu werden. Wenn das geschieht, dann kann sie wieder weitergehen, die große Fahrt. Im Topp die rote Flagge. Unter ihr zu Kampf und Ziel!

Gegen 10 Uhr erscheint Kollege D i s m a n n, der Vorsitzende des W M A m i Tische der Versammlung. Er erteilt dem Kollegen D a k a r S c h u l z e das Wort. Dieser heißt den Verbandstag und seine Gäste im Auftrage der Verwaltungsstelle Bremen und zugleich als Vorsitzender der Bremer Arbeiterkammer herzlich willkommen. Er weist auf die Bedeutung Bremens als Handelsstadt hin, in der sich in den letzten Jahrzehnten eine ansehnliche Industrie entwickelt hat. Die Aktiengesellschaft Weser ist zurzeit eine der am besten beschäftigten deutschen Werften, jedoch die Arbeitslosigkeit unter den Bremer Metallarbeitern nicht so groß ist als in anderen Verwaltungsstellen. Der Redner schildert ferner die Entwicklung der Gewerkschafts- und Parteibewegung in Bremen. Die Metallarbeiterbewegung in Bremen reicht bis in die 70er Jahre zurück, wo sich die Schlosser in einem Fachverein zusammenschloßen. Der Mitgliederstand der Verwaltungsstelle Bremen betrug zur Zeit der Hochkonjunktur 1923 10 300 Mitglieder. Dannals beschäftigte die Aktiengesellschaft Weser über 8000 Menschen, heute nur noch 3000, die Automobilfirma Panja-Lloydwerke ist von 2400 auf 800 Beschäftigte zurückgegangen. Trotzdem zählt die Verwaltungsstelle noch 7000 Mitglieder. — In den früheren Kämpfen innerhalb der sozialdemokratischen Partei zwischen Radikalen und Revisionisten hat Bremen bekanntlich immer auf dem linken Flügel gestanden. Die gute politische Durchbildung der Bremer Arbeiterchaft führt der Redner vor allem auf die aufklärerische Arbeit des früheren sozialdemokratischen Arbeiters, der Bremer V i r g e r z e i t u n g zurück. Die Bremer Arbeiterkammer, die einzige Arbeiterkammer in Deutschland, ist ein untrübenes Kind selbst in der Gewerkschaftsbewegung. Aber die Bremer Arbeiterchaft denkt nicht daran, sie aufzugeben. Streitigkeiten zwischen der Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbewegung hat es nie gegeben. — Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Bremer Metallarbeiter die Krise überwinden werden und daß dieser Verbandstag zur Stärkung der Metallarbeiterbewegung beitragen möge. (Lebhafte Beifall.)

S a m m e r überbringt dem Verbandstag im Namen des Ortsausschusses die Grüße der bremischen freigewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Organisationen und der Angestelltenkammer und verweist auf die in Bremen geschaffenen sozialen Einrichtungen, insbesondere den Kleinwohnungsbau. Es ist der Einwohner Bremens wohnen in Zweifamilienhäusern. (Beifall.)

Im Auftrage des Bremer Senats heißt Dr. B ä l l e r s die Teilnehmer des Verbandstages herzlich in Bremen willkommen. Wichtige Fragen nicht nur für die Metallarbeiter, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft sollen auf dieser Tagung geklärt werden. Mehr als anderthalb Millionen Arbeitskräfte warten auf Beschäftigung. Sie wissen, daß Reich und Länder sich bemühen, durch Schaffung von Arbeit für Erwerbslose der Not zu steuern. Besondere Hilfe wird erforderlich sein für die Frauangehörigen der Erwerbslosenfamilien. Wenn es auch kaum möglich sein wird, alle vorhandenen Erwerbslosen auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Arbeit zu bringen, so wird es doch eine Aufgabe des Reiches, der Länder und der Gemeinden sein, möglichst vielen Erwerbslosen wenigstens für den kommenden Herbst und Winter Arbeit zu geben. Der Gegenwart über Arbeitslosenversicherung wird hoffentlich in nicht allzu ferne Zeit auch vom Reichstag verabschiedet werden. Diese und ähnliche Arbeiten sind bedeutende Schritte auf dem Wege zu einem einheitlichen, von sozialem Geist erfüllten deutschen Arbeitsrecht. Ernste Arbeit in sorgenvoller Zeit steht diesem Verbandstag bevor. Möge diese Arbeit fruchtbringend auch für die Allgemeinheit sein. (Lebhafte Beifall.)

D i s m a n n dankt den Vorrednern für die freundlichen Worte der Begrüßung und gebietet sodann der in den letzten zwei Jahren vertretenden Mitglieder der Metallarbeiterbewegung, der Kameraden Hansen (Kopenhagen), Merheim (Frankreich), Diederichsen und Wahls (Österreich), Matschil (Budapest), Otto Schulz (Hamburg), Hirtz (Aue), des Kollegen Rudwald, ebenso Peter Stuck, Alwin Körtenz, Hans Fschingers. Aus der Gesamtarbeiterbewegung gedenkt Dismann des Genossen Greulich, der an der Spitze der Arbeiterinternationale gestanden hat, sowie des Genossen Friedrich Gertz, der jahrelang auch in Bremen als Arbeitersekretär gewirkt hat. In seine Gedenkrede schließt Dismann alle die Ungenannten ein, die ihre Lebensarbeit der Arbeiterbewegung gewidmet haben. (Die Versammlung hat sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben.)

Der Redner begrüßt sodann die Gäste, vor allem die Vertreter der Eisernen Internationale. Ebenso den Genossen Leipzig als Vertreter des W M A, die Vertreter der drei A S A - Verbände, des Futab, der Werkmeister und des Zentralverbandes der Angestellten, sowie der Kollegen G e h t vom Verband der Kupfer Schmiede und Dr. B ä l l e r s vom Bremer Senat.

Kollege D i s m a n n geht dann kurz auf die Bedeutung der Tagung ein. Die letzten zwölf Jahre der Welt haben einem Tollhaus geglichen. Der Verbandstag wurde eine der Gelegenheiten sein, zu zeigen, daß wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Probleme nur gelöst werden können durch den freien Geist und durch internationales gemeinsames Handeln. Möge dieser Verbandstag, so schließt der Redner, uns wie der Arbeiterklasse zeigen, wie aus dem Elend und der Not herauszukommen ist. Gewiß kann auch der Verbandstag keine Zauberkräfte uns zur Verfügung stellen, aber mit klarem Blick und ernstem Willen wollen wir an die Arbeit gehen. In diesem Sinne begrüße ich Sie alle herzlich und erkläre den 17. ordentlichen Verbandstag für eröffnet. (Lebhafte Beifall.)

Die Begrüßung durch die ausländischen Vertreter

Der Sekretär F l g der Eisernen Internationale überbringt die herzlichsten Grüße. Seit den Verbandstagen in Genä und Kassel hat sich leider wirtschaftlich und politisch nicht sehr viel geändert. Die Lage ist auch heute für die Arbeiterchaft in allen Ländern eine außerordentlich gespannte. Die Hauptbeschwerden der Arbeiter heute in der ungeheuren Arbeitslosigkeit und es wird eine schwere Arbeit sein, sie zu überwinden. Die italienischen Metallarbeiter, die rumänischen und jugoslawischen sind die einzigen, die auf diesem Verbandstag nicht vertreten sind. Es sind das die drei Länder, in denen die Organisationen am meisten zu leiden haben. In Italien hat der Faschismus die Organisationen mit Gewalt zerstört; den Rumänen geht es nicht viel besser. Auch in Jugoslawien haben unsere Kollegen mit tausend Schwierigkeiten zu kämpfen, aber wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß auch diese Organisation handgehalten hat. Im Auftrage des Genossen H i r z b r u n n e r, erklärt Kollege F l g weiter, übermittle ich zugleich die Grüße vom Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband.

Dieser Verband hat seine Errungenschaften bis heute gut verteidigt. Wir sind sicher, daß auch dieser Verbandstag die stürmerprobte Organisation der deutschen Metallarbeiter zu weiteren Erfolgen führen wird. (Lebhafte Beifall.)

Kollege B r o w n l i e von der britischen Sektion der Eisernen Internationale hebt hervor, daß zwischen den englischen und den deutschen Metallarbeitern des Kontinents keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wir in England haben die Erkenntnis gewonnen, daß niemals mehr Krieg zwischen uns und euch oder zwischen uns und irgendeinem andern Staate sein darf. (Bravo!) Ein gemeinschaftlicher Geist des Sozialismus soll zukünftig das gesamte Leben der Menschen beherrschen. Aber für die Gegenwart sind auch in England die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit und der Arbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung. Die Metallarbeiterföderation in England hat in den letzten Jahren einen schweren Kampf führen müssen gegen Lohnkürzungen und Verlängerung der Arbeitszeit. Wir hoffen, daß es uns weiter gelingen wird, den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, und wir hoffen, daß daselbe den Arbeitern auf dem Kontinent gelingt, damit die englischen Unternehmer nicht darauf hinwirken können, daß die kontinentalen Metallarbeiter eine längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne haben. Zum Schluß möchte ich dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Arbeiter dieses Verbandstages juchendbringend für die zukünftige Gestaltung des Schicksals der Metallarbeiter sind. (Lebhafte Beifall.)

Kollege D o m e s vom österreichischen Metallarbeiter-Verband begrüßt den Verbandstag. Die Entwicklung der österreichischen Bewegung ist die gleiche wie in Deutschland. In Ihrer Tagesordnung vermisse ich aber einen Punkt, nämlich den Z u s a m m e n s c h l u ß der Österreicher mit den Deutschen zu einer einheitlichen Metallarbeiterorganisation! (Lebhafte Bravo.) Auch ist das Selbstbestimmungsrecht, diese große Forderung des Friedens, den Österreicher verteidigt. Aber wir geben auf diesem Verbandstag der Hoffnung Ausdruck, daß auf der Tagesordnung des nächsten Verbandstages die V e r s c h m e l z u n g des österreichischen Verbandes mit dem deutschen Verbande steht. Wir drei Wiener Kollegen, die hier erschienen sind, fühlen uns heute schon gewissermaßen als künftige Bezirksleiter des Bezirks Österreich in Deutschland. (Beifall und Beifall.) Acht Jahre nach dem Friedensschluß sind die Hoffnungen, die wir alle an den Friedensschluß geknüpft haben, noch nicht erfüllt. Eine Krise löst die andere ab. Nach der Stabilisierung der Währung aber ist die nicht weniger fürchterliche Krise der Arbeitslosigkeit eingetreten. Bei uns in Österreich ist die Arbeitslosigkeit ungeheuer. Österreich ist eingeschlossen von Staaten, die sich gegenseitig durch Zollmauern absperrten und den Güterverkehr zwischen den einzelnen Staaten zu verhindern suchen. Um so mehr hoffen wir, daß bald das kommen möge, was bisher gewaltfam verhindert worden ist, nämlich der Z u s a m m e n s c h l u ß der Ö s t e r r e i c h e r m i t d e n D e u t s c h e n zu einer großen, freien, sozialistischen Republik. (Lebhafte Beifall.)

Kollege L a b e vom französischen Metallarbeiter-Verband sagt: Die Geschichte der letzten Jahrhunderte hat unsere beiden Völker zu Erbfeinden gestempelt. Wir können aber mit Genugtuung feststellen, daß sich unter dem Druck der Gewerkschaftsbewegung ein neues Recht durchsetzt, das uns hoffentlich von dem Abdruck des Krieges auf immer befreit. Gerade heute, am Tage der zwölften Wiederkehr des Kriegsbeginnns, lege ich Wert darauf zu betonen, daß die französischen Kameraden alle ihre Bemühungen darauf richten, zu verhindern, daß zwischen den beiden Ländern wieder blutige Konflikte entstehen. (Lebhafte Bravo.) Ich weiß, daß ihr mit einer gewissen Unruhe auf Frankreich blickt, weil dort ein Mann aus Ruder gekommen ist, dem wir früher bereits den Nacken gebeugt hatten,

Poincaré, der Mann von der Ruhr.

Was aber diese berechtigten Besorgnissen zerrütet, ist die Tatsache, daß diese Strömungen in beiden Ländern der Ausfluß des bürgerlichen Regiments sind und daß die Arbeiter an ihnen keinen Anteil haben. Wir Metallarbeiter in Frankreich haben etwa acht Monate lang um den Achtstundentag gerungen. Dieser Kampf hat mit einem Erfolg geendet. Es ist uns gelungen, Gesetze und Verordnungen zu erzielen, die den Achtstundentag im großen und ganzen verbürgen. Ich weiß, daß auch ihr in Deutschland denselben Kampf mit demselben Nachdruck führt. Unzulässig meiner Unwesenheit im Ruhrgebiet nach der Gürtelarbeiterkonferenz in Köln habe ich wiederholt die Feststellung machen können, daß die deutschen Kameraden einen scharfen Kampf zur Wiederheroberung des Achtstundentages unternommen haben. Ich bitte Sie, zu uns das gleiche Vertrauen zu haben, das wir Ihnen entgegenbringen. (Lebhafte Beifall.)

Kollege R i e l s e n (Dänischer Formerverband, Kopenhagen): Die Weltkrise macht sich auch in Dänemark sehr bemerkbar und im besonderen Grade im Metallarbeiterfache. Den Forderungen der Unternehmer um Erhöhung der Löhne sind wir dauernd ausgesetzt. Obgleich wir unter Verhältnissen leben, die auf Abkommen beruhen, die die Löhne von dem amtlischen Preisindex abhängig machen, obgleich dieser fällt und damit auch die Löhne sinken, hören wir in einem fort, daß dies nicht genügt, sondern größere Lohnherabsetzungen nötig sind. Im allgemeinen haben wir unsere Lohnhöhe gut gehalten, trotzdem in dem letzten Jahre zum 25. v. J. unserer Mitglieder erwerbslos gewesen sind. Im vergangenen Jahre kam es zu einer Absperrung, die fast ein Vierteljahr dauerte. Besonders betätigten sich dabei die Unternehmer der Eisen- und Metallindustrie, die jeden Arbeiter auf die Straße setzten. Ich bedauere die Gelegenheit, den auswärtigen Bruderverorganisationen, die uns in diesem erfolgreichen Kampfe finanziell so stark gestützt haben, unseren Dank auszusprechen, ganz besonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande. Den Achtstundentag haben wir. Er wird bei uns aber nicht durch ein Gesetz verbürgt, sondern durch Abkommen mit den Arbeitnehmern. In Schweden beträgt die ordentliche Arbeitszeit in den Eisenwerken und Maschinenfabriken 48 Stunden die Woche. Diese Arbeitszeit ist durch ein Gesetz festgelegt. Ausnahmen von dieser Arbeitszeit kommen für Hütten mit dazugehörigen Untereinrichtungen und Brückenwerken in Betracht.

Die tatsächliche Einkommenserhöhung der Arbeiter der Maschinenindustrie beträgt seit 1914 unter Berücksichtigung der Steigerung der Lebenshaltungskosten 22,3 v. H. für Berufsarbeiter und 38,9 v. H. für Grobarbeiter. In der Eisenindustrie betragen die durchschnittlichen Verdienste für alle Hüttenarbeiter im ganzen Lande 0,92 Kronen die Stunde. Der durchschnittliche Verdienst stellt sich auf 1,04 Kronen. Denselben Stundenlohn haben die Arbeiter in den Holzwerken. Dazu kommen die sogenannten Vergütungen, die die Arbeiter im allgemeinen genießen. Leider ist es schwer, uns noch höhere Löhne zu erkämpfen, da die Löhne in manchen anderen europäischen Ländern viel niedriger sind. Mit dem Wunsche, daß die Beschlüsse, die ihr hier

laßt, zum Nutzen und zur Ehre der international organisierten Metallarbeiter ausfallen werden, spreche ich auch unseren herzlichsten Dank für die Einladung zu eurem Kongreß aus. (Lebhafte Beifall.)

Kollege Kadlec vom Metallarbeiter-Verband in der Tschechoslowakei (Prag): Auch in unserm Land ist eine schwere Krise in der Metallindustrie zu beobachten, die von den Unternehmern dazu ausgenutzt wird, die Löhne herabzusetzen und die sozialen Verhältnisse zu verschlechtern. Unser Stand ist nicht nur deshalb schwer, weil bei uns zwei der Eisen- und Stahlwerke angeschlossen sind, sondern auch deshalb, weil die kommunistische Partei durch die Herabsetzung der Arbeiterbewegung ihre selbständigen Gewerkschaften bildet. Wir sehen mit Sorge der Zukunft entgegen, wenn es nicht gelingt, die tschechoslowakischen Metallarbeiter zu vereinigen. Das kostbare Gut der gewerkschaftlichen Einheit ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Aktion des Proletariats. (Sehr wahr!) Den Beratungen Ihres Kongresses wünschen wir den besten Erfolg, damit er zu einem Kanal für die deutsche Arbeiterklasse werde, an die Stelle fraktioneller Kämpfe den einheitlichen Kampf gegen das Unternehmertum zu setzen und so das Proletariat zum unüberwindlichen Träger der Zukunft zu formen. (Beifall.)

Kollege Prätzsch (Kromtau) begrüßt den Verbandstag im Namen des internationalen Metallarbeiter-Verbandes in der Tschechoslowakei. Er schildert, wie der Vorkämpfer, die schweren Kämpfe der Metallarbeiterorganisationen in diesem Lande gegenüber den Unternehmern und der Reaktion, insbesondere der reaktionären Rechtsprechung. Er erinnert zum Schluß daran, daß die Metallarbeiter es sind, die in den Werkstätten dem harten Metall die gebrauchsfähige Form geben und knüpfen daran den Wunsch, daß der Verbandstag daran mithelfen möge, die in der Gesellschaftsform zu erlösen, in der es eine Ausbeutung nicht mehr gibt. (Bravo!)

Kamerad Bongville (Antwerpen) dankt dem Deutschen Metallarbeiter-Verband namens der belgischen Metallarbeiter für die ihnen bei ihrem großen Kampf im letzten Jahre zuteil gewordene Hilfe. Diese Hilfe hat wesentlich dazu beigetragen, daß die belgischen Metallarbeiter diesen schweren Kampf, der bei den Metallarbeitern zwei Monate und bei den Hochöfenarbeitern mehr als drei Monate gedauert hat, überstanden. Das Washingtoner Abkommen ist in Belgien, sowohl in der Kammer wie im Senat angenommen. Damit hat der Achtstundentag für Belgien Gesetzeskraft erhalten. Wir können nur wünschen, daß die Annahme dieses Abkommens nun auch in den anderen Ländern, vor allem in Deutschland erfolgt. Zur Bekämpfung der Eisen- und Stahlkrisis der Unternehmer wäre es wünschenswert, daß die Internationale eine starke Widerstandsklasse gründete, um in schweren Kämpfen die Arbeiterschaft zu unterstützen. (Beifall.)

Schmied (Budapest) überbringt brüderliche Grüße des Ungarischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes. Bei uns herrscht noch immer eine entsetzliche Reaktion. Auch haben wir mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen. Vom Staate erhalten die Arbeitslosen keine Unterstützung, weil die Herrscher besüchtern, daß dann nicht gearbeitet werden würde. Die Vorgänge in Ungarn beweisen, daß die Arbeiterklasse schnell etwas gewonnenes verliert, aber es dann sehr schwer wieder zurückzubekommen kann. Daraus sollte die deutsche Arbeiterschaft die Lehre ziehen, einig und geschlossen zu kämpfen. (Beifall.)

Kamerad Walker (Amsterdam) spricht für den Allgemeinen Niederländischen Metallarbeiter-Verband. Wenn auch ein kleiner Verband, so reichen wir Ihnen doch zum internationalen Kampf gegen den Kapitalismus über die Landesgrenze hinaus die Bruderhand. (Bravo!) Die Arbeitslosigkeit ist bei uns gegenüber 1924 zurückgegangen und wir haben auch wieder unsere frühere Mitgliederzahl von 25 000 erlangt. Auch die verlorenen 48-Stundenwoche gewinnen wir langsam wieder zurück. Unser Kampf ist dadurch erschwert, daß wir auch noch gegen katholische und protestantische Gewerkschaften, gegen Syndikalistinnen und Kommunisten zu kämpfen haben, die aber alle an Mitgliedern stark zurückgegangen sind. Der Redner schließt mit einem Hoch auf den Internationalen Metallarbeiter-Verband. (Lebhafte Beifall.)

Gesamte Delegation der Vorhänge des ADGB betont, daß auch der Bundesvorstand des ADGB die Lage der größten Gewerkschaft mit der allergrößten Aufmerksamkeit verfolgt. Die Tatsache, daß es sich hier um die Lage des größten Verbandes des ADGB handelt, legt auch den Teilnehmern dieses Verbandstages die besondere Pflicht auf, nicht nur an die deutschen Metallarbeiter, sondern zugleich an die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung zu denken. Das soll keine besondere Mahnung, sondern nur die Feststellung einer Tatsache sein. Die Aufgabe Ihres Verbandstages wird sein, Mittel und Wege zu suchen, um die Verhältnisse, die Sie wie alle Gewerkschaften der Welt erleben haben, wieder einzuholen und darüber hinaus die Bahn frei zu machen für die Erfüllung der größeren Aufgaben der Zukunft. Dazu möchte ich Ihnen im Namen des Bundesvorstandes den allerbesten Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

Gesamte Delegation überbringt die Grüße der AFA-Verbände, des Bundes, des Reichsverbandes und des Zentralverbandes der Metallarbeiter. Er betont, daß auch die freien Angestelltenverbände bestrebt sein werden, Kämpfe mit den Handarbeitern gemeinsam durchzuführen. Versuche oder Betriebsgegnerschaften sollten kein Grund zur Ungebühr oder Unzulässigkeit auf beiden Seiten sein. (Bravo!)

Kollege Gecht (Berlin) erinnert an die Beschlüsse des Leipziger Verbandstages der Kupferschmiede, wo ein Locallösungsvertrag unter Mitwirkung des Vorstandes des ADGB zustande gekommen ist, der den Zweck hat, den Anschluß des Verbandes der Kupferschmiede an den Metallarbeiter-Verband zu fördern. Er spricht die Hoffnung aus, daß nun die beiderseitigen Ortsverwaltungen, Gewerkschaften und Zentralverbände ihr Möglichstes tun werden, um alles aus dem Wege zu räumen, was noch dem Zusammenstoß im Wege stehen könnte. (Bravo!)

Was sind die Ansprachen der Gäste beendet. Kollege Digmann dankt nun allen Gästen für die freundlichen Worte. Freund Domez hat mit Recht auf das Selbstbestimmungsrecht der Räter hingewiesen. Aber wenn unsere beiden Organisationen, wie auch wir hoffen, sich einmal werden verständigen können, so wird es uns nicht genügen, die Anwendung als Begrüßung zu übernehmen, sondern zu erprobten Schritte werden wir alle recht herzlich in der gemeinsamen Fronte begrüßen. (Sehr gut!) Der Bedeutung unseres Verbandstages, die Kollege Seipart betont, sind wir uns bewußt. Wir sind Glied im Ganzen, so natürliches wir sind und wissen, was wir zur Verfügung, zur Stärkung des Ansehens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tun, das uns und soll getreu gleichzeitig der gesamten deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Mit den AFA-Verbänden der Eisen- und Metallindustrie arbeiten wir bereits seit Jahren zusammen und lassen uns, daß dieses freundschaftliche Verhältnis auch heute in der schmerzlichen Abwesenheit der drei Verbände zu unserem Verbandstag kein Hindernis sein. Wir hoffen, daß der Zweck des Locallösungsvertrages mit den Kupferschmiedehallen erfüllt werden möge und die Kollegen des Kupferschmiedehallen sich dann im gemeinsamen Hause wohl fühlen mögen. Digmann tritt wieder mit, daß der Vertreter der Kupferschmiede und Seipart sich gegenseitig ihre Rechte durch gegenseitige Unterstützung unterstützen hat und daß ein Begrüßungstelegramm von Kollegen Haas (Eisen) eingeschlossen ist.

Digmann wird das Büro des Verbandstages gebildet. In Vertretung werden gewählt: Schulze (Hannover), Brandes (Stuttgart) und Bödler (Eisen).

Ein Antrag des Kollegen Eberle, zum dritten Vorsitzenden Brandes (Eisen) als Vertreter der kommunistischen Fraktion zu wählen, wird abgelehnt, nachdem Red (Hannover) darauf hingewiesen hat, daß die Kommunisten in allen Zusammenkünften eine Teilnahme zu erhalten haben, daß aber ihre geringe Teilnehmerzahl, 30 von 100, einen Vorkämpfer nicht rechtfertigt.

Redner als Schriftführer die Kollegen Nicks (Hannover), Kromtau (Eisen), Brand (Hannover), Hied (Hannover), Brandes (Eisen), Bödler (Eisen), Brandes (Hannover) und Seipart (Eisen) gewählt sind, werden die Delegationskommisssionen, die Delegationskommisssionen und die Wahlkommissionen erklärt.

Der Festlegung der Tagesordnung liegen mehrere Absprachen vor, die die Behandlung einzelner Fragen als besondere Punkte der Tagesordnung verlangen. Unter Beachtung dieser Punkte wird die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt.

Nachmittags-Sitzung

Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes

Der Bericht wird vom Vorsitzenden Digmann erstattet. Er gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Verhältnisse seit dem Kasseler Verbandstag. Nach Beendigung der Inflationszeit forderten die Unternehmer überall angeleglich zur Beschränkung der Wirtschaftsverlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne, Beschränkung der sonstigen Rechte der Arbeiter. Bei den Wahlen im Mai und Dezember 1924 vertrieben die breiten Wählermassen. Selbst von den 7 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit ihren Familienangehörigen haben noch mehrere Millionen bürgerliche Vertreter gewählt. Sie können sich heute bei den bürgerlichen Parteien und Kurzarbeitern, wenn so manche Forderungen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter abgelehnt wurden. Dieses Verlangen der Wähler hat naturgemäß den Gewerkschaften und Sozialisten die Führung ihrer sozialen und wirtschaftspolitischen Kämpfe nicht erleichtert. Die Folge war die neue Steuer- und Zollpolitik, die eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung des Proletariats mit sich brachte.

Wie stand es nun in unserm Verbandsgebiet? Vor zwei Jahren, in Kassel, erstörte der Ruf nach Sammlung. Die Organisation und die Mitgliedschaft war durch die Inflation und ihre Begleiterscheinungen geschwächt worden, daher erging in Kassel die Parole: Festigung und finanzielle Kräftigung der Organisation! Der Verband hat dann auch in der darauf folgenden Jahre sowohl als Ganzes, wie in seinen einzelnen Gliedern eine Gesundung nach innen und außen erfahren. Die frühere Mitgliederzahl von über 1 1/2 Millionen werden wir allerdings so bald nicht wieder erreichen können angesichts der Tatsache, daß heute viele Hunderttausende weniger in der Metallindustrie beschäftigt sind. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir bei den heute Beschäftigten nicht noch ein reiches Organisations- und Agitationsfeld vor uns hätten. (Sehr wahr!)

Seit Mitte 1924 bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1925 haben wir den Kampf wieder in der Offensive ausgenommen. Dann setzte die Krise ein und seitdem stehen wir leider wieder im schwersten Ringen um die Position, die wir im Laufe der letzten Jahre eingenommen haben. In der gesamten kommunistischen Tagespresse hat ein in der Woche vor den Delegiertenwahlen erschienenen Aufsatz die Kunde gemacht, in dem es über unsere angeblich verfehlte Verbandspolitik heißt:

Der Achtstundentag ging verloren. Die Löhne sind heute in der Metallindustrie sogar nominell im Durchschnitt niedriger wie vor dem Kriege, obgleich die Kaufkraft des Geldes heute kaum 60 v. H. des Vorkriegsstandes ausmacht. Viele Hunderttausende von Metallarbeitern liegen erwerbslos auf der Straße. Trotzdem sehen alle bestehenden ADGB-Liste Arbeitsetzen von neun, zehn bis zwölf Stunden vor. (Unruhe und Zurufe.)

Unser Jahrbuch 1925 beweist, daß das ganz unsinnige Behauptungen sind. Der ein Herrbild über die Tätigkeit der Organisation vorführt, wer wirklich und verbreitet, ruht nicht dem Verbands, sondern schädigt sowohl sich selbst wie den Verband. (Lebhafte Zustimmung.)

Dem Verbandstag liegt ein Antrag vor, der scharfsten Kampf gegen das Schlichtungswesen verlangt. Gegen das Schlichtungswesen an sich können wir auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus keinen Kampf führen; dazu liegt keine Ursache vor. Wir verlangen ein Schlichtungswesen, das den Organisationen die Beweglichkeit, die Freiheit, Kämpfe zu führen, wenn ihnen der Schlichtungsanspruch nicht gefällt, nicht nimmt. Daß die Schlichtungsrichte recht unterchiedlich ausfallen, wißt ihr und kennt auch die Einstellung der Schlichter, bei denen nicht immer die nötige Einsicht und das soziale Verständnis vorhanden ist. Wir verlangen von keiner Behörde und von keinem Schlichter eine einseitige Stellungnahme. Er soll Recht sprechen. Wir können aber verlangen, daß sich kein Schlichter zum Liebhaber einseitiger Unternehmerrückwärtsentwicklung und auf der anderen Seite die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt. (Sehr wahr!)

Der Redner wendet sich weiter gegen Angriffe, insbesondere seitens des Kupferschmiederverbandes wegen angeblicher schlapper Haltung des ADGB bei Abschluß von Lätzen. Es dient nach unserer Meinung der Gesamtbewegung nicht, wenn sich freigebergschaftliche Organisationen in der Öffentlichkeit in Wort und Schrift den Notwurf machen, daß sie die Interessen der Arbeiter nicht genügend vertreten. Man soll dann mit der zuständigen Organisation in eine sachliche Aussprache darüber eintreten, was man für notwendig hält. Wir vom Metallarbeiter-Verband richten nicht über die Leistungen anderer Verbände, sondern freuen uns ihrer Erfolge und wir sehen voraus, daß sie ihr Bestes tun. Wir wissen, daß beim besten Willen oft die entgegengesetzten Schattenseiten den entgegenstehenden Faktor darstellen.

Eine Reihe von Anträgen zur Verbandsstatistik stellen sich auf den Standpunkt: Die bisherige Einstellung ist falsch, nichts ist erreicht, alles verloren, weit zurückgeworfen, also andere Taktik, große Aktionen, Kampf auf breiter Front, bis schließlich zum Generalstreik auf der ganzen Linie! Wir haben nie bestritten, daß Zeiten kommen können, wo es sich darum handelt, für eine große gemeinsame Sache nach sorgfältiger Vorbereitung alles zu wagen, die ganzen Kräfte, die der Verband, die die gesamte Arbeiterbewegung hat, in den Dienst eines bestimmten Kampfes für eine bestimmte Forderung zu stellen. Aber die Tagesarbeit, der Tageskampf ist ein festes, zähes Ringen, und es ist unmöglich, daß man die Differenzen im einzelnen dauernd dazu benutzen könnte, um bei jeder auftretenden Frage die Forderung nach gemeinsamen großen Aktionen zu stellen.

In einer Reihe von Anträgen ist

die Frage der Arbeitsgemeinschaft

wieder aufgeworfen. Ich kann nur das eine wieder erklären: Wir lehnen sie ab und dabei bleibt es! (Bravo!) Und wenn irgendwo der Versuch aufstünde, sie in einer anderen Form wieder aufzuheben, dann würden wir das ebenso ablehnen. Gegenüber der Wertschätzung der Schwerindustrie ist natürlich die Konzentration unserer Kräfte notwendig. Ihr wißt, daß wir uns jahrelang in der ehrsüchtigen Kräfte Rinde gegeben haben, um zu Industrieverbänden zu kommen. Wir haben es nicht erreichen können. Einige Anträge wünschen, wir sollen mit ganzer Kraft den Kampf im ADGB aufnehmen, um Industrieverbände durchzuführen. Wir können nicht das nicht durchführen. Die Durchführung der Industrieverbände hängt davon ab, daß die nötige Erkenntnis sich in den breitesten Kreisen der Gewerkschaften durchsetzt. (Sehr richtig!) Wie wollen Sie das mit Kampf erreichen, mit welchem Druck und Zwang?

Wir lehnen es auch ab, von der Frage ob Industrie- oder Betriebsverband irgendwo unsere Zugehörigkeit zum ADGB abhängig zu machen. (Bravo!) Das ist für uns ausgeschlossen und wir halten es für sehr bedauerlich, daß im vorigen Jahre überhaupt mit einem solchen Gedanken von freigebergschaftlicher Seite gespielt worden ist. Wir werden uns dem gegebenen Gewerkschaftsrecht entsprechend einstellen. Nach dem Dresdener Beschluß gehen die gesamten Metallarbeiter, die in der Metallindustrie beschäftigt sind, auch die von den Deutschen Metallarbeiter-Verband, zu seinem Arbeits- und Organisationsbereich. Man erleben wir nach dem Gewerkschaftskongreß von Breslau, daß eine Reihe von Verbänden kommt und sagt: Wir wollen den Industrieverband, um alle, die in unserer Industrie beschäftigt sind, in unserer Organisation zu vereinigen, also Metallarbeiter, seid ihr freiwillig und gebt die Metallarbeiter in den anderen Industrie jetzt an uns ab. Das ist gewiß sehr freundlich, aber so geht der Spieß beim besten Willen nicht. (Sehr richtig!) Wir haben erklärt und bleiben dabei: Versucht nicht die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Eisen- und Metallindustrie Ordnung, dann sind wir zu der gleichen Stunde bereit, uns mit der Abgabe der Metallarbeiter in anderen Industrien zu beschäftigen. Daß wir aber den Arbeitsbereich von 200 000 Metallarbeitern, die in anderen Industrien beschäftigt sind, abgeben und in der Eisen- und Metallindustrie ein halb Dutzend, sieben, acht und mehr Betriebsverbände weiter organisieren lassen sollen, das ist ein bißchen zuviel verlangt. Das können wir nicht mitmachen.

Der Leipziger Beschluß der Kupferschmiede bitte ich Sie einstimmig beizutreten, dem Metallarbeiterbezug zuzustimmen und dann in allen Orten für enge Zusammenarbeiten bei den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu sorgen, damit die Kollegen leider

Verbände eng verbunden werden, um dann im Kupferschmiedeverband mit Erfolg eine neue Umabstimmung durchführen zu können.

Der Vertreter des Maschinen- und Feinwerkzeugverbandes hat leider hier nicht erscheinen können. Wir hätten gern mit ihm auch über die Frage gesprochen: Wie stellt sich jetzt, nach Breslau, sein Vorstand zu der Frage des Abschlusses eines engeren Kartellvertrages mit dem ADGB, um eine spätere Verflechtung durchzuführen. Denn die Kupferschmiede und Maschinen- und Feinwerkzeug sind die beiden Verbände, die nach Breslau zur Verflechtung für den ADGB in Frage kommen. Es müßte möglich sein, bei gutem Willen auch hier eine Annäherung und spätere Verflechtung herbeizuführen. Erfreulicherweise sind wir jetzt so weit, daß der Industriearbeiterverband in Solingen seinen Beitritt zum ADGB beschlossen hat. Das ist ein Fortschritt, der der Gesamtheit zum Vorteil dienen wird. Wir sind gern bereit, mit anderen Gewerkschaften, im Bergbau, in der Chemie im Verkehr, in Verhandlungen eine engere Anlehnung herbeizuführen. Wenn ein Antrag vorliegt, der auf den Kampf im englischen Bergbau hinausweist, so kann ich im Augenblick auch nur erklären: Da unsere vollste Sympathie mit dem im Kampfe stehenden englischen Arbeiter ist, brauchen wir wirklich nicht zu beteuern. Aber wenn der Kampf in England noch von den Vergleuten selbst fortgesetzt wird, zielt es uns nicht, heute etwa ein Urteil über die englischen Gewerkschaften, über die englischen Bergarbeiter und ihre Taktik abzugeben. (Sehr richtig!) Es ist in erster Linie Aufgabe der englischen Gewerkschaften, nachzuprüfen, ob ihre Taktik richtig war. Es heißt die Sache der Arbeiter einen ungeheuer schlechten Dienst leisten, wenn beispielsweise in bestimmten deutschen Blättern der Deutsche Bergarbeiter- und auch der Deutsche Bergarbeiter-Verband als Streikbrecherorganisation und ähnliches beschimpft werden. (Sehr richtig!)

In der Sozialpolitik könnten wir auch viel weiter sein, wenn nicht Millionen deutsche Arbeitnehmer noch bei den letzten politischen Wahlen im Stich gelassen hätten. (Sehr wahr!) Wie steht es mit der gezielten Festlegung des Achtstundentages? Bin ich richtig informiert, dann wird das Arbeitszeitgesetz der deutschen Regierung zu ausfallen, daß man zwar formal das Washingtoner Abkommen ratifiziert, daß man aber soviel Ausnahmen auf allen Gebieten in den Gesetzentwurf mit hineinbringt, daß

vom Achtstundentag nichts übrig bleibt.

Dagegen wenden wir uns. Wir wollen keine Ratifizierung des Achtstundentages, wir wollen den reinen Achtstundentag und wollen nicht, daß er durch diese neue Gesetzgebung erneut verschandelt wird.

Eines der bedeutendsten Probleme ist die Unterstützung und Beschäftigung der Erwerbslosen. Am 1. Oktober 1924 hatten wir 266 000 Hauptunterstützungsempfänger, am 25. Februar dieses Jahres 2 591 000, am 15. Juni dieses Jahres 1 718 000, also 873 000 weniger als im Februar. Der Niedgang ist aber nur scheinbar, denn man muß alle die hinzuzählen, die ausgestellt sind und die in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zur Sommerzeit Aufnahme gefunden haben. Das Unternehmertum hat durch seine falsche Politik der letzten Jahre die Preisse verschärft. Abgebaut hat man nur immer unten bei den Arbeitern und Angestellten, vor allem auch bei Betriebsräten, nicht aber bei den Produzenten und Direktoren, deren Anzahl vielfach zwei- bis dreifach höher ist als die Zahl der Verlegten in der Vorkriegszeit. (Sehr wahr!)

Die heutige Krise gerade in der Metallindustrie ist wesentlich verursacht durch die sogenannte Nationalisierung. Ich warne davon, das Wort „Nationalisierung“ in jedem Falle für bare Münze zu nehmen. In vielen Fällen drückt sich darin nur das Bestreben aus, die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft maßlos zu steigern. Gegen den wahren technischen Fortschritt haben wir uns nie gewandt; wir verlangen aber, daß die Einführung moderner Maschinen usw. zur Entlastung menschlicher Arbeitskräfte erfolgt, um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, einen höheren Verdienst zu erzielen. Und wenn man die Nationalisierung durch Verbesserung der Technik, durch Einführung des Band- und Fließsystems durchführen will, um mit wenigen Arbeitskräften viel mehr zu produzieren, dann brauchen wir in Deutschland und in den anderen Ländern nicht mehr acht Stunden täglich zu arbeiten, sondern dann genügen sechs bis sieben Stunden. (Lebhafte Zustimmung.)

Der kommunistische Reichstagskollege Siegfried Kädel behauptet in der roten Fahne vom 14. Juli d. J., daß alles, was für die Erwerbslosen erreicht worden ist, einzig und allein der kommunistischen Partei zu verdanken sei. Das ist ausgemachter Schwindel. (Sehr wahr!) Wenn Kädel der Wahrheit die Ehre geben wollte, dann dürfte er nicht verschweigen, daß es ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der SPD war, der im Kampfe für die Arbeitslosen und ihre Unterstützung mitführend tätig war. Bei den zwei Millionen und mehr Arbeitslosen halte ich es für unmöglich, die Arbeitslosen mit Versicherungsbeiträgen zu unterstützen. Stehen im Monat nur 110 bis 120 Millionen für die gesamten Arbeitslosen zur Verfügung, dann kann man die Unterstützung nicht nach der Höhe des Lohnes und des Gehalts geben, sondern muß zunächst allen Erwerbslosen soviel als Existenzminimum gegeben werden, daß sie nicht mit ihren Familien buchstäblich verhungern. (Zustimmung.) Wir haben ausgerechnet, daß ein jährlicher Aufwand von 1000 bis 1200 Millionen Mark erforderlich ist, um 500 000 Erwerbslose nur ein Jahr lang abzuwehnen mit Notstandarbeiten zu beschäftigen. Es ist uns natürlich dreimal lieber, daß die Erwerbslosen mit wirtschaftlich nützlichen Arbeiten beschäftigt werden, als daß sie auf der Straße liegen und nur die Erwerbslosenunterstützung beziehen. Das Arbeitsprogramm soll zusammen mit den Aufträgen der Reichseisenbahn, der Reichspost und den Aufträgen aus Sowjetrußland auf Grund des Kredits durchgeführt werden.

Organisatorischer Zusammenbruch neben der Förderung unserer geistigen und materiellen Kräfte ist ein Gebot der Stunde. Dazu aber ist es notwendig, daß wir die politische Zerküftung der deutschen Arbeiterklasse aus der Welt schaffen. Wir müssen uns gegenseitig verstehen lernen. Die Arbeiterklasse müssen wir wieder mit Begeisterung erfüllen, mit proletarischer Liebe, mit Überzeugung und Glauben an die gemeinsame Sache. Das ist nur möglich in gegenseitiger Wertung und kameradschaftlicher Arbeit. Es handelt sich für die Arbeiterbewegung heute wirklich um Sein oder Nichtsein. Entweder bleibt der Kapitalismus über — und das wird er, wenn die Arbeiter sich nicht zusammenfinden — oder aber es gelingt uns, die proletarischen Massen zusammenzufassen in den Dienst für die gemeinsame Sache. Gelingen uns das, dann ist die Zukunft unser! (Stürmischer Beifall.)

Zweiter Verhandlungstag

Es wird mit der Berichterstattung der leitenden Stellen über ihre Tätigkeit fortgesetzt. Als erster spricht Kollege Schäfer. In seinen Vorkämpferbericht verweist er darauf, daß der Vorstand aus dem Kasseler Verbandstag weitgehende Vollmacht erhalten habe, um die Bestände der Hauptklasse zu stabilisieren. Es herrscht unter den Mitgliedern gewiß Einstimmigkeit darüber, daß der Vorstand diese Vollmacht nicht mißbraucht habe. Vor allem sei es darauf angekommen, möglichst bald wieder zur Auszahlung der Unterstellungen zu kommen. Die Einführung von fünf Beitragsklassen in Kassel sei ein glücklicher Beschluß gewesen. Die Einführung der Beitragssteigerung im Oktober 1925 angeht, so mangelhaften Entwicklung der Finanzen müßte als ein Tat begehrt werden. (Sehr richtig!) Die damals zugleich beschlossene Erhöhung der Unterstützung bei Streik, Maßregelung und Erwerbslosigkeit habe nicht durchgeführt werden können. Aber mit Beginn der 14. Beitragswoche dieses Jahres sei wenigstens die erhöhte Streikunterstützung in Kraft gesetzt worden. Nach sieben Monaten schwerster Wirtschaftskrise sei festzustellen, daß der Verband trotz aller Anforderungen an die Hauptklasse finanziell durchgefallen habe. (Bravo!) Vom Dezember 1925 bis Juni 1926 seien monatlich 3 Millionen Mark gezahlt gewesen. Von den Verwaltungskosten sei die Arbeit der Staff zum Teil sehr erschwert worden. Gegenüber Vorwürfen aus den Verwaltungskreisen müsse er feststellen, daß es in der Hauptverwaltung keinen Bürokratismus gebe, daß aber dort Ordnung herrsche. In Darlehen für ausländische Bruderorganisationen seien 496 000 M. gegeben worden. Auch den englischen Bergarbeitern habe der Verband finanzielle Solidarität bewiesen. Bei den erheblichen Summen, die in der Vorkriegszeit vom Verbandsrat an Kommunalverwaltungen

ausgeliehen worden seien, sei es nach langen Verhandlungen gefungen, Aufstellungen bis zu 100 vH zu erreichen. Bedeutungsvoll sei auch, daß in den Verwaltungstellen des Verbandes wieder ein Vermögen von 3,5 Millionen Goldmark vorhanden sei. Das sei eine nicht zu unterschätzende Reserve. Den Verwaltungstellen empfiehlt der Redner als selbstverständliche Pflicht,

ihre Selbstgeschäfte mit der Hand der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu machen. Mit Vergnügen könne festgestellt werden, daß alle Hoffnungen der Gegner auf einen finanziellen Zusammenbruch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zunichte geworden seien. Einmütigkeit herrsche im Vorstand darüber, daß, wenn notwendig, die Gesamtmitgliedschaft ebenso wie bisher bereit sein werde, der Organisation in Form von Beiträgen die Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie bedürfe, um Anschläge der deutschen Metallindustriellen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuweisen, in absehbarer Zeit wieder das Verlorene zurückzuerobern und darüber hinaus vorwärtszukommen. (Lebhaftes Bravo!)

Für den Ausschuß berichtet dessen Vorsitzender Weißig über einige Beschwerden. Er betont, daß manche Beschwerden namentlich in Ausschlußsachen vermieden werden könnten, wenn die Ausschlußanträge vorher genau geprüft würden. Auf Grund der regelmäßigen Prüfung der Monats- und Jahresabrechnungen beantragt Weißig, den Kassieren Entlastung zu erteilen.

Den Tätigkeitsbericht der Schriftleitung erstattet Kollege R u m e r. Er bedauert, daß es noch nicht möglich war, die Metallarbeiter-Zeitung wieder achtseitig erscheinen zu lassen. Natürlich kann auf vier Seiten nicht das geboten werden, was für das Blatt der größten Gewerkschaft der Welt notwendig ist. Die Wünsche nach noch gründlicherer Behandlung der technischen Fragen sind nach Möglichkeit berücksichtigt worden und die dahingehenden Anträge bitte ich der Schriftleitung zu überweisen. Dagegen kann der Wunsch des Antrags von Schwenningen, wichtige arbeitsrechtliche Entscheidungen in der MZ abzubilden, nicht erfüllt werden, da für diese Sache die arbeitsrechtliche Beilage der Betriebsräte-Zeitschrift bestimmt ist. Wenn in einem Antrag und in einer Reihe fast gleichlautender Beschwerden, die uns zugegangen sind, von „einseitiger“ Schreibweise der MZ gegen die kommunistische Partei gesprochen wird, so ist festzustellen, daß irgend ein Beweis für solche Behauptung von den Beschwerdeführern nie erbracht worden ist, trotzdem sie in jedem Falle verschiedene Male dazu aufgefordert wurden. (Hört, hört!) Natürlich ist jede Zeitung in gewissem Sinne einseitig; sie kann es nie allen recht machen. Aufsätze kommunistischer Kollegen sind aber nie zurückgewiesen worden, nur in einem Falle mußte das geschehen, weil die betreffende Ausprägung zwei Nummern vorher bereits geschlossen war. Im übrigen hat die Schriftleitung alles getan, um jeden Kollegen mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß die Metallarbeiter-Zeitung die freie Tribüne ist, wo er neue Gedanken und Verbesserungsvorschläge vorbringen kann. Einzige Voraussetzung ist, daß die Aufsätze sachlich und kollegial gehalten sind und den beschränkten Raum der Zeitung berücksichtigen.

Einseitig im Sinne von ungenügend ist, wie wir glauben sagen zu müssen, allerdings Sowjetrußland behandelt worden. Wir hätten gerne dieses unermeßliche Land, dessen ganze Bedeutung für die Weltwirtschaft und die Gewerkschaftsbewegung das kommende Geschlecht fühlen wird, viel ausführlicher behandelt, weil das russische Problem auch heute schon außerordentlich wichtig ist. Leider fehlte es, wie schon gesagt, an dem nötigen Platz. Wir haben jedoch über die russischen Verhältnisse eine vielgestaltige Materialsammlung begonnen, so daß wir jedem Kollegen die gewünschte Auskunft geben können.

Sehr viel Arbeit und Zeit kostet der Schriftleitung die internationale Auslandskorrespondenz, die von zahlreichen Kollegen, die auswandern wollen, verlangt wird. Diese mühevollen Arbeit habe ich mit meinem Kollegen K a a f e neben unserer eigentlichen Tätigkeit besorgen müssen. Neben der journalistischen Frage ist das Problem A m e r i k a besonders wichtig. Die amerikanischen Verhältnisse mußten wir in den letzten Jahren besonders ausführlich behandeln, weil sie tagtäglich in das europäische wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben hineinwirken. Bis jetzt haben wir von Amerika nur die neue Technik, die Stoppuhr, das Taylor-System, die Fließarbeit und Rationalisierung übernommen, aber noch nicht die dort damit auch auftauchenden neuen Gedanken, deren Vertiefung die mit der rationalisierten Arbeitsweise verbundene

größere Ausbeutung der Arbeiter mildern

ollen. Um von diesen Gedanken nur die bekanntesten zu nennen: Jeder Preiserhöhung muß eine Lohnerhöhung vorausgehen; hohe Löhne sind Voraussetzung eines guten Geschäftsganges; die Arbeitszeit muß verkürzt werden, um den Arbeitern Zeit zu geben, neue Kräfte zu sammeln und die Kultur zu genießen. In Amerika ist man zum Teil schon zur 44stündigen Arbeitszeit und zur fünfjährigen Arbeitswoche übergegangen, um die körperlichen Schädigungen der Arbeiter durch die neue Arbeitsweise einigermaßen auszugleichen. Wie vorteilhaft diese Gedanken sind, beweist die hohe wirtschaftliche Blüte Nordamerikas. Sehr wichtig ist auch die Frage, ob sich diese Vorteile für die Arbeiterchaft im Sinne eines Gewerkschaftskapitalismus, wie es zuweilen behauptet wird, auswirken, oder im Sinne der sozialistischen Anschauungen. Die Professoren, die bisher in der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamtes dies Problem behandelt haben, konnten nicht aus der Tiefe schöpfen, da sie dem Arbeiterleben fernblieben. Es gibt in Amerika schon große Unternehmen, deren Aktienbesitz in hohem Maße in den Händen der darin beschäftigten Arbeiter ist, wodurch diese, wie zu befürchten ist, an der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft interessiert sind. All diese Vorgänge müssen von uns genau beachtet und studiert werden. Deshalb habe ich beantragt, daß der Verbandstag mit 3000 M zur Verfügung stellen möge, damit ich in Amerika die Verhältnisse studieren und Vergleiche der Geistes- und Seelenbeschaffenheit der Arbeiterchaft vor und nach dem Kriege anstellen kann. Für einen Schriftleiter ist es dringend notwendig, daß er Geschäftsreisen im öffentlichen Leben auf sich wirken lassen kann. Die Summe, die zu diesem Zweck ausgegeben wird, ist Geld für Bildungs-zwecke und wird sich am allerbesten verzinsen, weil das, was der Schriftleiter erlebt und erforscht, wieder in Hunderttausenden von Skandalen hinausgeht, und so das Denken und Handeln der Leser, der Mitgliedschaft befruchtet. Darum bitte ich um Annahme des Antrages. Im übrigen sind wir für jede sachliche Kritik dankbar, weil sie Anregungen und Ansporn bringt. Dadurch wird die Metallarbeiter-Zeitung noch mehr für die Kollegen leisten können in ihrem Kampf um ein besseres Dasein. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache über die Geschäftsberichte

Damit ist die Berichterstattung beendet. Auf Vorschlag des Büros kommen in der nun folgenden Aussprache über die Geschäftsberichte zunächst je ein Redner der beiden vorhandenen Richtungen mit dreiviertelstündiger Redezeit zum Wort.

Als Hauptredner der kommunistischen Richtung spricht Kollege E n d e r l e (Berlin). Bei der Stellungnahme zum Geschäftsbericht handelt es sich darum, ob die Gewerkschaften in der Vergangenheit richtig gehandelt haben und welche Taktik und Politik in der Zukunft eingeschlagen ist. Der Arbeitslosigkeit, dem Lohnabbau, der Arbeitsverflechtung stehen bei den Kapitalisten steigende Dividenden gegenüber. Die kapitalistische Rationalisierung beginnt sich erfolgreich für das Kapital auszuwirken. Gewiß verkennen wir nicht, daß die Gewerkschaften, darunter auch der DMB, ziemlich erhebliche Lohnschonungen erreicht haben. Die Verschlechterung der Lage des Proletariats, wo sich die Lage des Kapitals in jeder Hinsicht verbessert hat, hängt zusammen mit der

grundsätzlich falschen Taktik und Politik

des DMB wie der Gewerkschaften überhaupt, die auf dem Standpunkt des Reformismus stehen. Dismann hat mit Recht die Arbeitszeit als die Kernfrage bei der Rationalisierung hingestellt. Aber in der Denkschrift des DMB heißt es:

„Die grundsätzliche Stellungnahme zum Achtstundentag hat die Gewerkschaften niemals abgelehnt, Abweichungen vom Achtstundentag jeweils zu gestatten, wenn das besondere Bedürfnis nachgewiesen wird. Solche Abweichungen zu vereinbaren, gibt der Tarifvertrag die Möglichkeit.“

Also der DMB erklärt sich bereit, Tarif mit mehr als achtstündiger Arbeitszeit abzuschießen. In der Lohnfrage müssen wir nur davon ausgehen: Welchen Lohn braucht der Arbeiter, um menschenwürdig leben zu können? Die Gewerkschaften nehmen aber immer Rücksicht auf die allgemeinen Interessen der Wirtschaft, wie man das nennt, und sie werden dadurch von den Unternehmern immer weiter zurückgeschlagen, die nur ihre Privatinteressen im Auge haben. Das Verhalten der deutschen Gewerkschaften zum englischen Streit ist für sie kein Ruhmesblatt. Man hat es nicht verhindert, daß mit jedem Tag die Einfuhr deutscher ebenso wie amerikanischer Kohle nach England steigt. Eine Niederlage der englischen Bergarbeiter bedeutet aber Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der deutschen Metallarbeiter. Es ist eine Ehrenpflicht des DMB, die englischen Bergarbeiter auch material zu unterstützen. Die Arbeitsgemeinschaft ist zwar formal tot, aber praktisch wird sie weitergeführt. So hat S p l i e d t vom DMB im Wirtschaftskreislauf geschrieben, daß in den Hauptfragen gleiche Auffassung mit den Unternehmern besteht, die ein Zusammengehen beider Gruppen nicht nur empfehlen, sondern verlangen. Es bedürfte dazu keiner besonders ausgeprägten Arbeitsgemeinschaft. In einer Zusammenkunft zwischen führenden Unternehmern und Gewerkschaftlern, worüber die Presse nichts berichtet hat, hat L e i p e r t gesagt: Auch die Gewerkschaften ließen sich nicht, wie ihnen vorgeworfen werde, nur von egoistischen Gesichtspunkten mit dem Ziel der Senkung der Arbeiterklasse leiten, sondern ebenso sehr von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, so wie sie die Interessen der Volkswirtschaft sähen. Leipzig verwarf sich also gegen den Vorwurf des Klassenegoismus. Es gibt aber im kapitalistischen Staat nur Klasseninteressen, das hat uns schon Marx gelehrt. Durch ihre Verwirrung können nur die Kapitalisten gewinnen. Hier gilt es also die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung umzufüllen, die Kurve herumzuerufen. Darauf hätte Dismann mehr eingehen sollen, anstatt zwei Stunden auf den Kommunisten herumzuhauen. Den Artikel der Roten Fahne in bezug auf die Löhne und die Arbeitszeit in der Metallindustrie kann ich nicht ganz aufrecht erhalten. Aber die Löhne sind zweifellos, insbesondere die Verdienste der Arbeiter, nominal im Durchschnitt nur sehr wenig höher als 1913.

Die Ausgaben des Verbandes für Streit- und Maßregelungsunterstützung sind im letzten Jahre zurückgegangen und in diesem Jahre wird nur noch sehr wenig getätigt. Das hängt mit der allgemeinen Theorie zusammen, daß man während einer Krise nicht kämpfen könne. Da wir aber nach Dismanns Bericht aus der Krise innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr herauskommen, so wäre die logische Schlussfolgerung, daß wir überhaupt nicht mehr kämpfen können. Gewiß ist der einzelne Verband in der gegenwärtigen Situation dazu schwer in der Lage. Darum fordern wir, daß die großen Verbände, zum Beispiel die der Metallarbeiter, Bergarbeiter und Eisenbahner ihre Kräfte gemeinsam führen. Die Arbeiterklasse muß sich von den Kapitalisten trennen, muß ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Unter der roten Fahne, der Fahne der Revolution, wollen wir uns einigen. (Lebhafter Beifall bei der Opposition.)

Als Redner der Amsterdamer Richtung spricht M e k e (Frankfurt). Bei aller Arbeit, die wir in den letzten 20 Jahren geleistet haben, hat uns wohl noch nichts so stark, so lebensschädlich in Anspruch genommen, wie die Probleme der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit ihren Folgeerscheinungen. Schon vor Jahresfrist haben wir Gewerkschaftler die Industrie aufgefordert, die Vereinigung ihrer Betriebe von überflüssigen Kosten vorzunehmen. Aber unsere Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Man hat Betriebe stillgelegt, Millionen von Arbeitern und Angestellten entlassen, die Löhne abgebaut, aber zur Beseitigung der viel zu hohen Handelspreise, der ungeheuren Zwischengewinne usw. ist noch nichts geschähen. Die Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen ist kein geeignetes Mittel, um die zusammengebrochene Kaufkraft des deutschen Volkes zu heben. Vielmehr hängt von der Stärkung des inneren Marktes unser Schicksal in Deutschland ab. Vom Export allein kann die deutsche Industrie nicht leben. Wir haben uns bemüht, den ungeheuren Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet zu begegnen. Die planmäßige Verschöpfung dieser Tätigkeit durch die kommunistische Partei kann nur

die Politik der herrschenden Klasse in Deutschland fördern.

(Sehr wahr!) Unser Vorstand, vor allem Kollege Dismann, hat seine ganze Kraft eingesetzt, um den Erwerbslosen zu helfen. Vor allem müssen wir für eine Verkürzung der Arbeitszeit wirken. Daneben ist eine vernünftige Zoll- und Steuerpolitik zur Befundung der Wirtschaft unerlässlich. Die Repräsentanten der Wirtschaft, die Kapazitäten auf dem Gebiete des Finanzmarktes sollten einmal den Versuch eines wirtschaftlichen Socarno unternehmen, um mit den Führern der Arbeiterschaft darüber zu beraten, was zur Beseitigung der ungeheuren Gemengungen, die heute auf wirtschaftlichem Gebiete in Europa vorhanden sind, geschähen kann.

Zur Rationalisierung der Produktion werden die Unternehmer zwangsläufig durch die Verhältnisse gezwungen, denn die nicht technisch vollkommenen Betriebe werden in den nächsten Jahren dem Untergang geweiht sein. Aber die intensivere Arbeitsleistung muß so begahrt werden, daß die Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen können. Der Kollege Enderle hat die Geschäftsführung des DMB nur wenig zu kritisieren gewußt. Vor allem habe ich von ihm nicht erfahren können, worin denn nun eigentlich die Taktik des DMB bestehen soll. Die Anwendung von Kampfmaßnahmen ist doch an bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden. Enderle meinte, das Elend könne nur durch den Sturz des Kapitalismus beseitigt werden. Ja, wenn mit der Draufschwärze der roten Fahne der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft herbeigeführt werden könnte, dann wären die Kapitalisten in ganz Europa längst majestät. (Heiterkeit.) Enderle sprach wieder von der Arbeitsgemeinschaft. Der DMB ist nie in der Arbeitsgemeinschaft gewesen und im übrigen ist diese Frage angesichts der ungeheuren Aufgaben, die uns bevorstehen, von ganz untergeordneter Bedeutung. Wir müssen betonen, daß unsere bisherige Taktik die richtige war. Der Geschäftsbericht des Kollegen Dismann ist eine wahre Fundgrube für unsere Arbeitstätigkeit. Bei unsern Freunden von links hat sich seit Kassel ein gewisser Gesundungsprozess vollzogen. Das zeigt auch die Zusammensetzung des Verbandstages. Es gilt in den nächsten zwei Jahren draussen erneut die Werbetrommel zu rühren. Dabei sollten wir uns die Großagrarien zum Muster nehmen, die auf dem Standpunkt stehen, wenn wir beachtet werden wollen, dann müssen wir schreien, schreien und noch mal schreien. Wir wollen nicht bloß schreien, aber wollen in den uns noch Fernstehenden die Erkenntnis wecken, daß sie sich mit uns verbinden müssen, um das Proletariat aus dem Elend zu einer besseren Zukunft zu führen. (Lebhafter Beifall.) Es beginnt nun die regelmäßige Aussprache mit je 10 Minuten Redezeit.

Besserung der Geschäftslage?

Man spricht von der Besserung der Geschäftslage. Ohne Zweifel geht es in verschiedenen Gewerbezweigen besser, ja einzelne von ihnen sind sogar ohne es zu ahnen in eine Hochkonjunktur hineingekommen. Wir meinen hier die westdeutsche Montanindustrie. Wo noch vor Wochen Feiertagstichten und rücksichtslose Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung waren, werden jetzt Arbeitereinstellungen vorgenommen und Arbeitsstellen geschaffen. Der englische Bergarbeiterstreik wirkt sich als ein glänzendes Beispiel für die Ruhrindustrie aus. Die Halbenbestände nehmen ab und die Förderung hat die der Vorkriegszeit bereits überschritten. Auf dem Rücken des Rheins nach der holländischen Küste zu schwimmen nähme mit Kohlen beladen in ununterbrochener Reihe. Die Ruhrkohle dringt in die Absatzmärkte der englischen Kohle ein. Ja sogar nach England selbst werden deutsche Kohlen verschifft. Hauptsächlich von Polen wird der englische Markt versorgt. Unsere Ruhrindustriellen freuen sich dieses Zustandes und wünschen, daß er ewig so bleiben möge. Der englische Seemattüberhand, Richtung Gavelod Billson, hat es abgelehnt, die Kohlenzufuhr nach England zu sperren. Entsprechend dieser besseren Gestaltung des Ruhrkohlenbergbaues steigen auch die Kurse dieser Unternehmungen an der Börse.

In der Schwerindustrie hält die Besserung der Lage an. Diese kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Rostfahrgemeinschaft die Produktionsbeschränkung für den Monat August auf 30 vH herabsetzte. Vom August 1925 bis Juni 1926 war die Rostfahrgewerung um 35 vH gepreßt. Im Juli erfolgte erstmals eine Lockerung um 2 1/2 vH und für den August wurde abermals eine Erweiterung des Kontingents vorgenommen. Durch das Rostfahndprogramm der Regierung erhält die Schwerindustrie weitere Aufträge zugewiesen. Das Auslandsgeschäft hebt sich. Und am 12. August erfolgte man die Unterzeichnung des kontinentalen Eisenpaktes. Damit wäre eine weitere Besserung in nahe Aussicht gerückt, denn nach der Unterzeichnung der Verträge mit Frankreich, Belgien und Luxemburg wird eine Preis-erhöhung für Eisen und Stahl auf dem Weltmarkt erwartet. Alles Dinge, die die Herzen unserer Schwerindustriellen höher schlagen lassen, aber auf der andern Seite auf eine Besserung der Wirtschaftslage dieser Produkte schließen lassen.

Im neuesten Wirtschaftsbericht der Dresdner Bank wird über den wirtschaftlichen Zustand folgendermaßen berichtet: „In den letzten Wochen hat sich der Geschäftsgang in einer Anzahl von Industriezweigen in bisher nicht gewohntem Umfang heben können. Hat hieran die Lage des englischen Kohlenarbeiterstreiks auch hervorragenden Anteil, so läßt sich doch neben den auf den englischen Streit zurückzuführenden vermehrten Auslandsbestellungen auch eine gewisse Zunahme der inländischen Bedarfsnachfrage feststellen, sowohl nach Konsumgütern, wie die seit einigen Wochen langsam, aber stetig fortschreitende Besserung in der Textilindustrie, in der Schuh- und Lederverwarenindustrie zeigt, als auch, was für die Konjunkturentwicklung von größerer Bedeutung ist, nach Ertragsgütern. Hierauf läßt die allerdings noch geringfügige Belebung des Inlandsgeschäftes in einzelnen Zweigen der Maschinenindustrie schließen, sowie die Tatsache, daß der Markt für Konjunkturempfindlicher Waren, wie etwa der Schrottmart und der Gütemarkt eine Belebung erfahren hat, und daß auch auf dem Metallmarkt seit kurzem eine lebhaftere Umsatztätigkeit eingelebt hat. Die Bautätigkeit soll, was den Wohnungsbau anbetrifft, etwas lebhafter geworden sein. In der Landwirtschaft hat die Getreideernte begonnen, die wieder ein günstiges Ergebnis verspricht. Der Waren-umsatz scheint sich weiter in steigender Richtung zu bewegen. Die arbeits-tätigkeitslage der Reichsbahn ist nach einer die Saison-schwankungen ausschaltenden Berechnung im Juni auf 123 700 gestiegen gegen 121 500 im Mai und zeigte auch im Juli steigende Tendenz. Auch die Entwicklung der Wechselausstellung deutet, wenn man die saisonmäßigen Einwirkungen berücksichtigt, auf einen ver-größerten Geschäftsumfang hin. Ein Zeichen für die fortschreitende wirtschaftliche Gesundung dürfte auch darin zu sehen sein, daß sich die finanzielle Fundierung bei den einzelnen Unternehmungen weiter gebessert hat, was aus der stark sinkenden Tendenz der Konkursziffern hervorgeht.“

Verfrühter Optimismus ist aber durchaus nicht am Platze. Der Arbeitsmarkt hat jedenfalls noch keine merkbare Besserung zu verzeichnen. Hoffen wir, daß wenigstens der tiefste Stand der Krise überwunden ist.

Der Stand der Arbeitslosigkeit

Die amtliche Statistik meldet in der ersten Julihälfte einen Rückgang der Arbeitslosen. Die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger sank von 1 408 000 auf 1 383 000. Die Zahl der weiblichen Unterstützungsempfänger erfuhr auch hier noch eine Erhöhung von 332 600 auf 335 200. Insgesamt ist die Zahl der Erwerbslosen, die Unterstützung beziehen, von 1 741 000 auf 1 718 000 gleich 1,3 vH gesunken. Inzwischen ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt worden. Neben anderen sind folgende Arbeiten in Aussicht genommen:

Infestation der Reichsbahn 100 Mill. M., Zur Vollendung angefangener Bahnbauten 10, Für die Arbeiten der Reichspost ein noch aufzubringender Rest außer den 70 Millionen Mark 80, Für geplante Hochbauten weitere 30, Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge 100, Ausbau der Wasserstraßen 35, Für Arbeiterwohnungen 30, Für Bauernsiedlungen 15, Wohnungsbau 200.

600 Mill. M. Neben den dem außerordentlichen Etat des Reiches entstammenden 100 Millionen Mark stehen also insgesamt 1000 Millionen Mark zur Verfügung oder sollen durch Anleihen beschafft werden. Wir erkennen gewiß an, daß endlich tatkräftig daran gegangen wird, produktive Arbeit zu schaffen. Dennoch können wir uns des Gefühls nicht erwehren, daß es reichlich spät ist und der Winter vieles vor dem Vorübergehen, was man zu tun entschlossen ist.

Das schlechte Gewissen

Das schlechte Gewissen hat die Regierung doch nicht schlafen lassen. Mit dem 1. August sollten auch die Zölle für Mehl nicht unempfindlich in die Höhe gehen. Der Regierung scheinen nachträglich doch Bedenken gekommen zu sein. So wurden die Zollsätze auf Mehl und Müllereierzeugnisse ermäßigt. Nach der Vorlage, die dem Reichsrat vorlag, sollen die Zollsätze für Mehl aus Oester und Getreide auf 14 Mark, für sonstiges Mehl 10 Mark, für Graupen und Grieß, sowie sonstige Müllereierzeugnisse aus Getreide 14 Mark und sonst 10 Mark pro Doppelzentner betragen. Die bisher in Gültigkeit gewesenen niedrigen Sätze betragen für Oester- und Getreidemüllereierzeugnisse 10 Mark und für sonstiges Mehl 8 Mark. Im Schwedenvertrag, der ab 1. Januar 1927 gelten soll, sind hierfür allgemein 15,75 Mark festgesetzt. Bei den gegenüber jetzt geltenden Sätzen tritt immerhin eine Erhöhung von 25 bis 40 vH ein. Im Reichsrat hat es ob dieser Zollermäßigungen einen Kampf gegeben. Bayern verlangte einen Zollsatz für Mehl anstatt von 10 von 12,50 Mark, und der Vertreter Württemberg verlangte auch eine Erhöhung der Produkte aus Getreide und Oester. Für den bayerischen Antrag stimmten Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Bayern, Württemberg, Thüringen und Bremen. Der Antrag wurde mit 38 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Daß auch Bremen sich unter den agrarfreundlichen Vertretern befand, wirkt einigermaßen bestrebend. So wäre der Zollansatz wenigstens etwas gemildert. Der Kampf der Gewerkschaften und der politischen Parteien hat Erfolg gehabt. Dennoch steht der große Kampf um die endgültigen Zölle noch in Aussicht.

Die Aufhebung der Geschäftsaufsicht bildet schon seit längerer Zeit den Gegenstand von Bezatungen. Die Spitzenverbände der Industrie und des Handels haben deren Aufhebung verlangt und die gelegentlichen Körperschaften, die Regierung, der Reichswirtschaftsrat usw. haben die Ersetzung der Geschäftsaufsicht durch eine sogenannte Vergleichsordnung in Erwägung gezogen. Diese soll auf gesetzlicher Grundlage errichtet werden, ein Entwurf ist vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet. Die Geschäftsaufsichtsbewerbung ist in der Tat seit langem überflüssig und steht der endgültigen Gesundung der Wirtschaft im Wege. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Regierung hier mehr Eile an den Tag legen würde, damit die ungesunden Unternehmungen rascher ausgeschlossen werden können.

Etwas ganz Amerikanisches. Ein Arbeiter fand auf einem Ge-rümpelhaufen ein Schubkarrenrad und einen alten Gummischlauch. Er band beides mit einem Draht sorgfältig zusammen und schickte es an die Autofabrik von Ford. Drei Tage später erhielt der Arbeiter ein neues Automobil mit einem Brief, worin geschrieben stand: „Wir haben mit dem größten Vergnügen Ihr Automobil repariert. Sie würden uns sehr verpflichten, wenn Sie uns mitteilen, unter welchen Umständen der Unfall passierte.“

Zur Frage der Lehrlingsausbildung

Von Albert Ansmann-Pforzheim (Schluß.)

In seinem Buche Psychologie des jugendlichen Welt Spranger auch die Frage der Berufsberatung auf und kommt zu einer ganzen Reihe von Punkten, die sehr wesentlich bei der Berufswahl und Berufsberatung sind. Wir führen sie in folgendem an. Die Merkmale des Berufes sind:

- 1. Der Leistungsgehalt, d. i. die Stellung und Wertung, die der Beruf im Kulturorganen einnimmt.
2. Das Angemessenheit, die mit dem Beruf verbundene Schätzung des Menschen.
3. Das Erwerbsmoment, die Verdienstmöglichkeit im Beruf.

Für den Einzelnen kommt bei der Berufswahl in Betracht:

- 1. Die triebhafte Berufsneigung.
2. Das Motiv zur Berufswahl, das Vorherrschende eines der obengenannten Merkmale, in den meisten Fällen das Erwerbsmoment.
3. Berufsbegabung, körperliche, geistige und sittliche Eignung.
4. Berufskennntnis, Wissen um Art und Inhalt eines Berufes.

Die Berufsfrage und die vom Beruf bedingte Weltanschauung machen den vollen Wertgehalt des Berufslebens aus.

Der Gedanke der Fortbildung der aus der Volksschule Entlassenen ist so alt wie das Volksschulwesen selbst. Schon die erste staatliche Schulregelung (Gotha 1842) sah die Weiterbildung der Jugendlichen vor. Seitdem taucht dieser Gedanke in allen schulpflichtgebenden Handlungen auf als Sonntagsschule, Werktagsschule, Nachschule usw. Die staatlichen Maßnahmen, die in der Mitte der letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts das Handwerk durch Errichten von Handwerkersammern und Innungen gegen die mächtig werdende Industrie zu schützen suchten, sahen in erster Linie die Errichtung von Gewerbeschulen, gewerblichen Fortbildungsschulen und Fortbildungsschulen vor. Die Innungen und Handwerkersammern selbst erwarfen eine reiche Tätigkeit, indem sie Fachschulen und im Rahmen der staatlichen Schulen Fachkurse einrichteten. Leider ist auf dem Gebiete des Fachschulwesens in Deutschland noch keine einheitliche Regelung getroffen, so daß es heute sehr schwer ist, sich durch das Gewirr der einzelstaatlichen Regelungen hindurchzuarbeiten.

Die Aufgabe der Gewerbeschule ist eine dreifache: 1. Berufliche Erziehung, 2. Weckung staatsbürgerlichen Interesses, 3. Erziehung zum Streben nach Ausgestaltung der sittlichen Persönlichkeit.

Die neuen Lehrpläne, wie sie in den verschiedenen Ländern während der letzten Jahre herauskamen, haben dieser Dreiteilung Rechnung getragen.

Die berufliche Erziehung soll gewährleistet werden durch die Fächer: Schriftverkehr, Werkstoff- und Materiallehre, Naturlehre, Maschinenkunde, Freihandzeichnen, technische Zeichen, Projektionslehre, berufliches Rechnen, Kalkulation und Buchführung. Dazu tritt, soweit die örtlichen Verhältnisse es gestatten, der Werkstattunterricht.

Die Erziehung zum staatsbürgerlichen Fühlen und Denken geschieht im Unterricht für Staatskunde. Die politische Umwälzung verlangt erhöhte Anteilnahme am staatlichen und politischen Leben. Es wäre unser aufrichtigster Wunsch, daß allen unseren Lehrlingen eine einwandfreie Erziehung im republikanischen Geiste zuteil würde. Daß es an manchen Schulen in dieser Beziehung nicht zum besten steht, ist bekannt. Der Schüler soll die Triebkräfte und Verzweigungen des Wirtschaftens verstehen lernen. Die Staatskunde hat ferner die Aufgabe, die Schüler einzuführen in die Geschichte des Handwerks, der Buchdruckerkunst und der gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Erziehung zur Ausgestaltung der Persönlichkeit kann natürlich nicht Gegenstand eines Unterrichtsfaches sein (wenn man von der Erteilung des Religionsunterrichts an der Fachschule absteht). Sie muß vielmehr in der Tätigkeit des Erziehers und im Gehalt seiner Persönlichkeit begründet sein.

Es ist neuerdings in der hiesigen Gewerbeschule der Deutschunterricht eingeführt worden mit dem Ziele der sprachlichen Fertigkeit der deutschen Sprache und dem „Liebhabens Einfühlen in das deutsche Sprachgut“. Durch gemeinsames Lesen werden deutsche Dichtungen erläutert.

Das Berufsschulwesen ist heute streng verknüpft mit dem Aufstieg der deutschen Wirtschaft überhaupt und jede Lehrlingsausbildung stellt sich als ein Teil der Frage dar, wie die gesamten in der Gesellschaft verfügbaren Kräfte zur Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse jenseits einzuwirken können. Man hat ja die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihre eigene Art der Bedürfnisbefriedigung, auf die in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden kann.

In dem alten patriarchalischen Verhältnis, im handwerklichen Wirtschaftssystem war der Lehrling Ausbeutungssobjekt. Wenn heute moderne Unternehmer Unterrichtsabteilungen für ihre Lehrlinge einrichten, so darf das keineswegs als ein Kompromitt gegen die Gewerkschaften gedeutet werden. Sie tun es zu ihrem augenblicklichen Vorteil. Indem sie auch in der Organisation der Lehrlingsausbildung der sozialistischen Ordnung vor. Frankreich hat Fachschulen eingerichtet, die die Lehrlingsausbildung ganz ersetzen. Belgien will dasselbe tun. In dieser Richtung muß auch unsere Lehrlingsausbildung gehen.

Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden wegen Verleumdung des Prototypen

Im Betriebsratsvorsitzenden ohne Zustimmung des Betriebsrats nur dann entlassen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Dem wichtigen Grunde gleich zu machen ist jede durch die Gewerkschaftsleitung begründete Entlassung. Der hiesige Betriebsrat in Köln war Angehöriger der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.G. (Abteilung Köln-Düsseldorf in Köln) im Sinne des § 133a St. G. B. Er ist gemäß § 133c Nummer 5 St. G. B. entlassen worden, weil er sich als Vorarbeiter des Prototypen und Betriebsrats der Firma einschleifte. Entlassungen gegen den Prototypen I hat zu verhindern vermocht. Dieser I war durch einen entlassenen Arbeiter ersetzt worden. Mitleid bewog ihn, die Entlassung der Arbeiterleitung der Angehörigen gab der Entlassung eine Gewerkschaftsmotiv. Der Angehörige I war aber entlassen oder gelegentlich ein Gespräch mit Angehörigen, es sei doch etwas davon, und in einer Betriebsversammlung geschwiegen er in seinem Bericht über die Vorgänge der Entlassung des Angehörigen und der Verleumdung des I. Die Entlassung: 2 (der Angehörige) ist zurückgekehrt, weil sich seine Unfähigkeit herausgestellt habe. I ist aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Wegen der demnach erfolgten Entlassung wurde sich der Betriebsrat an den Angehörigen und der Entlassungsbefugnis. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G. erhob Klage auf Feststellung, daß die Entlassung des Angehörigen rechtmäßig sei. — Landgericht und Oberlandesgericht Köln haben im Sinne der Klageurteil entschieden. Ebenso hat das Reichsgericht erkannt und die Revision des Angehörigen zurückgewiesen. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen: Die Revision ist, wenn sie glaubt, daß die Wahrnehmung berechtigter Interessen den Tatbestand der Verleumdung ausschließt. Nur in strafrechtlicher Beziehung ist die Wahrnehmung berechtigter Interessen von Belang. Zurückgewiesen ist weiterhin die auch im Schrifttum vertretene Ansicht der Revision, daß Betriebsratsmitglieder wegen ihrer in dieser Eigenschaft getretenen Äußerungen — ähnlich wie es Art. 36 St. G. B. hinsichtlich der Reichs- und Landtagsabgeordneten vorschreibt — nicht zur Verantwortung gezogen werden dürfen. Weiter dem Vorlaute noch dem Sinne und Zwecke des Betriebsratsgesetzes ist eine solche Absicht des Gesetzgebers zu entnehmen. (Nachdruck verboten.)

Eine Mahnung an fristlos Entlassene

Gerade die freien Gewerkschaften haben bei dem ständigen Kleinkrieg mit dem Unternehmertum oftmals mit Maßnahmen, mit fristlosen Entlassungen usw. zu rechnen. Leicht ist ein Verstoß gegen die Arbeitsordnung oder sonstige Betriebsvorschriften konstruiert und der Kollege liegt auf der Straße.

Wenn nun auch vorchriftsmäßig gegen die Kündigung oder Entlassung Einspruch erhoben wird, wenn der Kollege auch damit rechnet, daß er vermittelte einer Klage wieder eingestellt oder ihm eine Entschädigung gezahlt wird, ist es doch notwendig, andere Maßnahmen nicht außer Acht zu lassen. So soll er sich unverzüglich auf dem Arbeitsamt erwerblos melden. Je nach dem Grund der Entlassung wird er ja doch nicht sofort als bezugsberechtigt angesehen. Läßt er aber, in der Hoffnung auf Wiedereinstellung, die Anmeldeunterwegs, dann droht ihm die Gefahr, daß für eine ebenso lange Zeit seine Wartepose hinausgeschoben wird, wenn er am Gericht nicht durchkommt und mit seiner Klage abgewiesen wird!

Wird die Wiedereinstellung vielleicht durch das Gericht verfügt, dann muß er sich ja die bis dahin vielleicht bezogene Unterstützung auf den nachträglich zur Auszahlung gelangenden Lohn anrechnen lassen. Geht aber umgekehrt, dann hat er wenigstens die kürzesten Fristen bis zur Bezugsberechtigung der Erwerbslosenunterstützung gewahrt.

Bemerken wollen wir noch, daß bei der erwähnten Erstattung der bezogenen Unterstützung der Arbeitgeber für die Abführung der Summen haftbar ist. Überprüft dieses der Arbeitgeber, so trifft dies nicht den Arbeiter, dieser darf bekanntlich auch einen höheren als den tariflichen Lohn annehmen!

Zwei alte Kämpfer verlassen die Arena

Zwei alte Kampfgesellen unter der Gewerkschaftspresse legen die Streitflagge aus der Hand. Der Fachgenosse und Die Ameise. Ersterer war das Blatt des Glasarbeiterverbandes und die „Ameise“ dasjenige der Porzellanarbeiter. Bekanntlich schlossen sich diese beiden Verbände dem Fabrikarbeiterverbande an, wo sie gemeinsam mit den Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes den Keramischen Bund bilden. Die beiden Blätter verdienen es, daß ihre Wirksamkeit bei ihrem Eingehen noch einmal besonders unterstrichen wird. Die Ameise dürfte zu den ältesten Gewerkschaftsblättern überhaupt zählen. Sie wäre am 2. Oktober 52 Jahre alt geworden. Was hat sich in dieser langen Zeit ereignet, was ist die Gewerkschaftsbewegung geworden? Als 1874 die erste Nummer erschien, war die Gewerkschaftsbewegung noch ein unbeschriebenes Pflänzchen. Jetzt bildet sie einen gewaltigen Baum, unter deren Zweige und Blätter viele Millionen Schutz und Hilfe suchen. Die Ameise hat diesen Kampf mit durchgeführt. Und wenn der Porzellanarbeiterverband zu den stabilsten Verbänden des ADGB zählte, so war dies nicht zuletzt der Anführung der Ameise zu verdanken. Nun verabschiedet ihr Name unter den Blättern der Gewerkschaften. Er würde vermehrt werden, wenn der Redakteur derselben, Kollege Reuninger, nicht in dem neuen Organ, dem Keramischen Bund, eine neue Standarte erwirkte, die sich, wie wir annehmen können, genau so behaupten wird, als die Ameise. — Der Fachgenosse, das Blatt der Glasarbeiter, kann von besonders heftigen Kämpfen erzählen. Die Glasindustriellen zählten früher zu der hartnäckigsten Unternehmergruppe Deutschlands. Es kostete unendliche Mühe, Kämpfe zu führen und die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Auch der Fachgenosse hätte unter der Gewerkschaftspresse einen ständigen Namen. Sein Redakteur, der Kollege Groß, wird in der neuen Organisation seine Tätigkeit fortsetzen.

Der 21. Verbandstag der Schuhmacher fand in Frankfurt a. M. statt. Beschlössen wurde eine Studienreise nach Amerika und für den Fall, daß die Voraussetzungen zu einer unparteiischen Einsetzung in die russischen Verhältnisse gegeben sind, nach Kurland. Die Anträge der Opposition auf Aufhebung der parteipolitischen Neutralität wurden mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die Anträge zur Betriebsratsfrage. Über die wirtschaftliche Lage sprach der Vorsitzende Simon, wobei er die zunehmende Arbeitslosigkeit im Schuhmachergewerbe schilderte. Er forderte eine europäische Zollunion und wandte sich gegen die Kartellpolitik des Unternehmertums, die den Preisbau verhindert. Aufgabe der Arbeiterkraft sei es, höhere Reallohn zu erringen und damit die Kaufkraft der breiten Massen zu heben. In einer Entschließung, die die Annahme fand, wird gefordert: 1. bestmögliche Erhöhung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung; 2. Vereinfachung von größeren Mitteln für die produktive Erwerbslosenunterstützung zur Durchführung von Notstandsarbeiten; 3. Vereinfachung oder mindestens parteiunabhängige der Höhe und Verteilung der Beiträge; 4. scharfe Überwachung der Preispolitik der Kartelle und Syndikate. Die Lohn- und Kartellpolitik wurde in einer geschlossenen Sitzung behandelt. Eine Entschließung, die gegen die realistischen Bestrebungen des Unternehmertums und gegen die Verleumdungen des Schiedsrichters protestiert, gelangte zur Annahme. Einen Vortrag über die Arbeitsgerichtsverhältnisse hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser. Er begründete die dem Reichstag vorliegende Vorlage und legte die von der sozialdemokratischen Fraktion vertretenen Forderungen dar. Eine Entschließung, in der die baltische Schaffung eines die Rechtspflege in allen Arbeits- und Streitigkeiten umfassenden Arbeitsgerichtsgesetzes für dringend erforderlich erklärt wird, fand einstimmige Annahme. Die Betriebsratsbeiträge wurden nach dem Beschlusse der Statutenkommission: 1. Klasse 20 %, 2. Klasse 40 %, 3. Klasse 60 %, 4. Klasse 80 %, 5. Klasse 90 %. Die bisherigen Betriebsratsbeamten wurden wieder gewählt.

Der Jahresversand der Lebensmittelarbeiter beschloß. Die beteiligten drei Verbände hatten sich am folgenden Nachmittag vereinigt. Ergibt die Abstimmung eine tragfähige Mehrheit für die Schaffung eines neuen Verbandes, so vereinigen sich die drei Einzelverbände zu einem Verband. ... Nach der erfolgten Abstimmung hatten die einzelnen Verbände zu prüfen, ob sich eine tragfähige Mehrheit nach ihrer Auffassung ergeben habe. Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband in Hamburg hat sich in seiner Versammlung am 22. Juni mit 32 gegen 9 Stimmen dahin entschieden, daß die Tragfähigkeit gegeben sei. Nach der Weizel des Verbandes der Lebensmittel- und Getreidearbeiter Deutschlands hat in seiner Sitzung am 2. Juli die Tragfähigkeit des Abstimmungsergebnisses ebenfalls, und zwar mit 25 gegen 7 Stimmen bejaht. Der Zentralverband der Metzger und Fleischhauer Deutschlands, dessen Hauptverband der Frage zu entscheiden hatte, hat sich ebenfalls dahin entschieden, die Tragfähigkeit als gegeben zu betrachten. Damit ist beschlossen, daß die drei Verbände sich zu einem Verband vereinigen werden. Den Mitgliedern der Verbände wird die Mitgliedschaft und die Beitragsleistung in ihrem jetzigen Verbande nach der Satzung des neuen Verbandes angeschlossen werden. Der neue Jahresversand wird nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten mit über 130000 Mitgliedern ins Leben treten.

Ein ehemaliger Militärbeamter, Regierungsrat a. D., verabschiedete kürzlich in der Münchener Post einige Gedanken und Forderungen, aus denen sich ergibt, ein wie gutes Beispiel der Krieg für die war, die ihn — schließlich verloren. Da heißt es: Der heilige Barockismus hat schon im Frieden den Krieg zu einem einträglichen Geschäft für die höheren Führer und ihre

obersten Gehilfen gestempelt — ob die Betroffenen dies zunächst wollten oder nicht. Ganz gewaltig waren die Kriegsgelöhner. Sie sind in „streng geheimer“ Druckvorschriften, die wohl niemals ein Weltberühmter zu Gesicht bekommen hat, auch wenn er der Budgetkommission angehört, bis ins einzelne geregelt. Am besten gestellt war natürlich der Führer einer Armee. Der Herzog von Württemberg (4. Armee) oder auch der bairische Kronprinz (6. Armee) oder auch der preussische Kronprinz (ein dreißigjähriger Mann 1914) — ihnen zählte der Zahlmeister ihres Stabes jeden Monats 5500 Goldmark auf den Tisch. Dazu kam das „einmalige Mobilmachungsgeld“ von 3000 M., das im Laufe des Krieges allerdings wiederholt zur Auszahlung gelangte. Nach in 4½ Kriegsjahren reichlich 300000 M. aus! Dazu kam ein monatliches „Bürogehalt“ von 100 M! Und (monatlich) 255 M. „Unkosten“! — Der Groll darüber, daß dieser einträgliche Krieg eines Tages aufhörte, erscheint unter solchen Umständen begreiflich.

Schriftenschau

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien. Von Robert Danneberg. Verlag F. G. W. Dieck Nachf. Preis 1,40 M. Diese lehrreiche Arbeit ist bereits in zweiter Auflage erschienen, wobei eine Reihe wesentlicher Ergänzungen und Erweiterungen vorgenommen wurden. Verfasser und alle Verwaltungsorgane der Stadt Wien sind lebendig dargestellt. Die vorbildliche Finanzpolitik der sozialdemokratischen Rathausmehrheit verdient schon deshalb besondere Beachtung, weil es nur durch sie möglich wurde, das großzügige Wohnungsprogramm durchzuführen, das sich die Aufgabe gestellt hat, innerhalb fünf Jahren 25000 neue Wohnungen zu bauen. Und heute ist man schon so weit, daß das Bauprogramm durchgeführt sein wird, ehe die fünf Jahre verstrichen sind. Die städtischen Neubauten haben gesunde und praktisch eingerichtete Wohnungen, sind mit schönen Anlagen versehen und können ohne Übertreibung als Sehenwürdigkeiten bezeichnet werden.

Industrielle Kartellprobleme der Gegenwart, ein Überblick von G. v. Bederath, Professor an der Universität Bonn. Schriften der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, Heft 13. Preis 1,25 M. Verlag Gersbach & Sohn, G. m. b. H., Berlin W. 35.

Geld und Trag der Vererbung. Von Ernst Wühlbach. 96 Seiten mit 31 Abbildungen. 3. Buchheft der 2. Jahrgangs der „Urania“. Monatshefte. Preis des Urania-Abonnements mit gebundenen Buchbeiträgen 2,25 M. Urania-Verlag G. m. b. H., Jena. — Der Schriftleiter der „Urania“ stellt in diesem nach neuzeitlichem Geschmack ausgestatteten Büchlein die Vererbung als das Beharrende im Entwicklungsprozess des organischen Lebens dar. Naturgemäß mußte er sich im Rahmen einer weiten Kreise zugänglicher Schilderung auf die wichtigsten grundlegenden Tatsachen des umfangreichen Stoffgebietes beschränken.

Dr. J. Bischoff, Chemie für den Metallarbeiter, in populärer Darstellung nebst einem praktischen Teil. 340 Seiten Text, 60 Abbildungen. Preis 10 M. Dauerhaft in Ganzleinen gebunden. U. Jüngerling Verlag, Wittenberg (Bez. Halle). Dieses Buch des bekannten Chemikers und Fachschriftstellers, der es sich in seinen verschiedenen Büchern zum Ziel gesetzt hat, chemische Kenntnisse in gewerbliche Kreise zu tragen, will den Metallarbeiter im weitesten Sinne des Wortes in die Chemie, soweit sie ihn beruflich interessiert, in kurzer Form einführen.

Der Bau des Flugzeuges. Von Dipl.-Ing. E. Pfister. Teil 1: Allgemeiner Aufbau und die Tragflächen. Mit 88 Abbildungen. Preis 2 M. Verlag E. F. C. Woldmann Nachf., G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Das Samariterbüchlein. Ein schneller Ratgeber bei Hilfeleistung in Unglücksfällen. Von Dr. A. Baur. Neubearbeitet von Obermedizinalrat Dr. Schleifer, Oberbahnarzt. Mit 44 Abbildungen. Einzelpreis 60 S., bei Mehrfachnahme ermäßigte Partiepreise. Müllersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. — Leben und Gesundheit eines Angehörigen hängen oftmals von der ersten Hilfe ab, die ihm bis zum Eintreffen des Arztes geleistet wird. Ein wichtiger Ratgeber dazu ist dieses Samariterbüchlein. Es zeichnet sich durch klare Sprache, anschauliche ärztliche Unterweisung und große Übersichtlichkeit aus.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart. Telephonnummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 639 90

Mit Sonntag dem 15. August ist der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. August 1926 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 3 columns: Verwaltung, für Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III, IV monatlich Betrag, Beginn der Beitragszahlung. Row: Ludolfsstadt. Values: 10, 10, 10, 10, 36. Woche. Note: Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein faktarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenken besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenken durch die Verwaltungstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Auffuchen des Kassiers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Köln: Der Hüter Paul Schmidt, geb. am 28. April 1900 zu Meiningen, eingetreten am 20. September 1925 zu Hamburg, Buch-Nr. 6,176 451, wegen Fälschungen im Mitgliedsbuch. Stuttgart, Köhlstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Diamantarbeitern nach Hanau (Firma Metshan u. Kraus) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Göttingen (Munimiumwerk Albrecht) St.; nach Neuz (Schiffswerft Düsseldorf) Nachf. G. m. b. H. D.; nach Ratibor L.; nach Reischiba in Rumänien D.; von Metallarbeitern nach Goswig bei Weissen (Munimiumwerk Ambos) D.

2. — Lohnbewegung; D. — Differenzen; v. St. — Streit in Sicht; St. — Streit; M. — Maßregelung; Mi. — Mißstände; A. — Aussperrung. Arbeitsfahnde Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Entschädigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Anzeigebüro der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Begründungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Köhlstraße 16